

Boysen-Hogrefe, Jens

Research Report

Wie der Staat 2010 bis 2012 konsolidiert hat

Kiel Policy Brief, No. 62

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Boysen-Hogrefe, Jens (2013) : Wie der Staat 2010 bis 2012 konsolidiert hat, Kiel Policy Brief, No. 62, Kiel Institute for the World Economy (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/74544>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Kiel **Policy Brief**

**Wie der Staat 2010 bis 2012
konsolidiert hat**

Jens Boysen-Hogrefe

Nr. 62 | Mai 2013



Wie der Staat 2010 bis 2012 konsolidiert hat

Der Budgetsaldo des Staates wies in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) einen Überschuss von gut 4 Mrd. Euro im Jahr 2012 aus, und dies nur zwei Jahre nach einem Defizit von knapp 104 Mrd. Euro. In einem Zeitraum von gerade einmal zwei Jahren hat sich das Budget um etwa 108 Mrd. Euro bzw. 4,3 Prozentpunkte in Relation zum Bruttoinlandsprodukt gebessert.¹ Eine solche rasante positive Veränderung des Budgets wurde in den vergangenen Jahrzehnten nur von einer Episode im Anschluss an das Jahr 1995 übertroffen, das wegen der Übernahme der Schulden der Treuhandanstalt allerdings von einem erheblichen Einmaleffekt gekennzeichnet war.

Es stellt sich die Frage, auf welche Ursachen die ungewöhnliche starke Budgetkonsolidierung zurückzuführen ist. Ausgehend von der Analyse der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2013) versucht dieser Beitrag, die Quantifizierung einzelner konsolidierender Effekte in eine Zusammenschau zu bringen. Dazu werden teilweise stark vereinfachende Annahmen getroffen, die im Einzelfall durchaus problematisch sein können, die aber zur Ableitung kontrafaktischer Situationen und somit zur Identifikation der konsolidierenden Effekte notwendig sind.

Es zeigt sich, dass zum einen erneut der Wegfall eines Einmaleffekts, der im Zusammenhang mit der Einrichtung der Bad Banks steht, eine bedeutende Rolle spielt. Eine ähnliche Größenordnung erreicht der Einfluss der Konsolidierungspolitik. Hier ist allerdings das Auslaufen der in der Großen Rezession ergriffenen Konjunkturmaßnahmen von einer größeren Relevanz als die im Rahmen des „Zukunftspakets“ aufgelegten Maßnahmen der aktuellen Bundesregierung. Konsolidierende Effekte sind ferner durch die konjunkturelle Belebung und die Struktur der wirtschaftlichen Expansion, die vor allem die Bruttolohn- und -gehaltssumme gestärkt hat, entstanden. Die in Relation zur gesamtwirtschaftlichen Dynamik gute Arbeitsmarktlage hat nicht nur die Einnahmeseite gestärkt, sondern auch die Ausgaben für Arbeitsförderung und Arbeitslosigkeit reduziert. Schließlich haben der Subventionsabbau und das niedrige Zinsniveau zur Konsolidierung beigetragen. Die aufgezählten Effekte repräsentieren die Konsolidierung aber nicht vollständig. Die Konsolidierung korrespondiert ferner mit einer bemerkenswerten Entwicklung der Einkommen- und Vermögensteuern und hier insbesondere der gewinnabhängigen Steuern, deren Relation zu den in den VGR festgestellten Unternehmens- und Vermögenseinkommen einen Höchststand erreicht hat.

¹ Gemessen am Produktionspotenzial des Jahres 2012 hat sich der Budgetsaldo um rund 113 Mrd. Euro gebessert.

Eine erste Zerlegung: Konjunktur, Einmaleffekte und Finanzpolitik

Das Budget und somit auch dessen Veränderung werden zur Beurteilung der Finanzpolitik häufig in drei Bestandteile zerlegt: Konjunkturkomponente, Einmaleffekte und strukturelles Budget.

Zur Ermittlung der Konjunkturkomponente wird häufig das von der OECD vorgeschlagene Verfahren, das die von Schwankungen der Produktionslücke abhängigen Bestandteile des Budgets identifiziert und basierend auf gesetzlichen Regelungen oder ökonometrischen Verfahren Semi-Elastizitäten ableitet, verwendet, so auch bei der Anwendung der Schuldenbremse in Deutschland.² Da die Produktionslücke nicht beobachtbar ist, erfolgen Schätzungen mittels ökonometrischer Verfahren, die teilweise jedoch zu voneinander abweichenden Ergebnissen kommen und deren Ergebnisse auch davon abhängen, mit welchem Datenstand sie durchgeführt wurden.³ Eine Vielzahl von Produktionslückenschätzungen kommt übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass die Produktionslücke in Deutschland 2010 deutlich negativ war. Bis zum Jahr 2012 hat sich die Produktionslücke je nach Schätzung entweder nahezu geschlossen oder doch zumindest deutlich an die Nulllinie angenähert.⁴ Durchgängig hat sich die Produktionslücke um gut 1 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt gebessert. Bei einer Budgetsensitivität von 0,51, wie sie von der OECD berechnet wurde, ergibt sich eine Verbesserung des Budgets durch konjunkturelle Einflüsse von rund gut ½ Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt oder etwa 15 Mrd. Euro.

Als Einmaleffekte bezeichnet man Posten im Haushalt, die nur unregelmäßig anfallen, bzw. mit deren erneuten Auftreten nach Art und Umfang in folgenden Haushaltsjahren nicht zu rechnen ist, also außerordentliche Einnahmen und Ausgaben. Eine Quantifizierung solcher Einmaleffekte erweist sich durchaus als problematisch, da sicherlich immer wieder eine Vielzahl von Haushaltsposten dieser Definition entspricht. Daher werden in der Regel nur sehr umfangreiche Einmaleffekte wie die Übernahme der Treuhandschulden im Jahr 1995 oder die Einnahmen aus der Versteigerung von Mobilfunklizenzen im Jahr 2000 berücksichtigt. Im Jahr 2010 kam es im Zuge der Einrichtung der „Bad Bank“ der HypoRealEstate, FMS-Wertmanagement, und der Auffüllung der „Bad Bank“ der WestLB, Erste Abwicklungsanstalt (EAA), zu deutlichen außerordentlichen Ausgaben im Umfang von 1,3 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Dem stehen außerordentliche Einnahmen durch die Auktion von Mobilfunklizenzen von knapp 0,2 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt entgegen. Für das Jahr 2012 werden außerordentliche Ausgaben in Höhe von gut 0,1 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt berücksichtigt, die auf die Auflösung der WestLB

² Vgl. Girouard und André (2005). Eine konzise Darstellung des Verfahrens findet sich in Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2013: Kasten 5.2).

³ Die gängigen Verfahren nutzen zur Bestimmung der Produktionslücke eines Jahres auch Informationen aus den folgenden Jahren.

⁴ Vgl. OECD (2012), Europäische Kommission (2013), Boysen-Hogrefe et al. (2013), Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2013), Bundesregierung (2013).

zurückgehen. In der Summe haben sich die Einmaleffekte zwischen 2010 und 2012 um rund 1 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt bzw. 25 Mrd. Euro verringert.

Das nach Abzug der Konjunkturkomponenten und der Einmaleffekte verbleibende Residuum wird oft als strukturelles Budget bezeichnet (Europäische Kommission 2012: 316). Dabei umfasst diese Definition des strukturellen Budgets bzw. der korrespondierenden Veränderungen nicht ausschließlich Einflüsse der Finanzpolitik. Verbesserungen (bzw. Verschlechterungen) des strukturellen Budgets müssen daher nicht vollständig auf finanzpolitische Maßnahmen rückführbar sein. Um den Einfluss der Finanzpolitik auf die Konsolidierung zu quantifizieren, wird daher nicht das strukturelle Budget als Residuum verwandt, sondern auf die Darstellung finanzpolitischer Maßnahmen in der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2011, 2012) zurückgegriffen. Diese Darstellungen basieren auf Schätzungen für die Effekte der einzelnen Maßnahmen, die aber nicht deren Zusammenwirken und in der Regel auch keine makroökonomischen Rückwirkungen beinhalten. In der Summe lag der Effekt finanzpolitischer Eingriffe zwischen 2010 und 2012 bei rund 28 Mrd. Euro, von denen rund $\frac{1}{3}$ auf das im Jahr 2010 verabschiedete „Zukunftspaket“ entfallen. Die 28 Mrd. Euro enthalten 8 Mrd. Euro für das Auslaufen des Investitionsprogramms im Jahr 2012. Die Bruttoinvestitionen sind jedoch nur um gut 2 Mrd. Euro zwischen 2010 und 2012 gesunken. In Relation zum Produktionspotenzial um knapp 5 Mrd. Euro.⁵ Die 8 Mrd. Euro lassen sich durch die Annahme rechtfertigen, dass bei besserer Konjunkturlage mit einem endogenen Anstieg der Bruttoinvestitionen zu rechnen wäre. Dies bedeutete aber, dass entsprechend die Konjunkturkomponente reduziert werden müsste. Darauf wird hier verzichtet und dafür die Summe der finanzpolitischen Maßnahmen von 28 auf 25 Mrd. Euro reduziert.

Nach Abzug von Konjunkturkomponente, Einmaleffekten und finanzpolitischen Maßnahmen verbleiben von den 113 Mrd. Euro rund 48 Mrd. Euro in der jetzigen Darstellung unerklärt.

Konsolidierung 2010–2012	113
– Konjunkturkomponente	15
– Einmaleffekte	25
– Finanzpolitische Maßnahmen	25
Rest I	48

Änderungen der Wirtschaftsstruktur

Der als Residuum errechnete strukturelle Budgetsaldo wird nicht nur von finanzpolitischen Maßnahmen beeinflusst, sondern auch von Dynamiken in der wirtschaftlichen Entwicklung, die vom allgemeinen Konjunkturmuster abweichen, z.B. Veränderungen der Wirtschaftsstruktur, wobei diese auch durchaus vorübergehend sein können. Bezüglich Veränderungen der Wirtschaftsstruktur verweisen Beobachter darauf, dass die jüngste wirtschaftliche Ent-

⁵ Die Bruttoinvestitionen haben 2012 ein extrem niedriges Niveau erreicht. Seit vielen Jahren sind die Nettoinvestitionen des Staates negativ. Der Verzehr des öffentlichen Kapitalstocks ist somit weiterhin Bestandteil der Haushaltskonsolidierung (Boysen-Hogrefe et al. 2012: Kasten 3 und Boysen-Hogrefe et al. 2013: Kasten 1.)

wicklung relativ abgabenergiebiger ist. Dies geht vor allem darauf zurück, dass insbesondere die Lohneinkommen und weniger die Unternehmens- und Vermögenseinkommen (UVE) zulegen konnten. Zwar ist im Schnitt die Steuerbelastung Letztgenannter größer, doch führen die Sozialbeiträge dazu, dass die öffentlichen Haushalte von einem Anstieg der Brutto Lohn- und -gehaltssumme (BLG) stärker profitieren als von einem Anstieg der UVE. Zwischen 2010 und 2012 ist die BLG um knapp 9 % gestiegen, während die UVE in etwa stagnierten.⁶

Der Effekt der überproportionalen Lohnentwicklung wird an dieser Stelle dadurch quantifiziert, dass jeweils mit dem nominalen Bruttoinlandsprodukt proportionale Entwicklungen von BLG und UVE unterstellt werden und mit der tatsächlichen verglichen wird. In beiden Fällen wird bei der BLG rund 48 % als Abgaben gerechnet (Summe aus Arbeitgeber-, Arbeitnehmerbeiträgen und Lohnsteuer) und bei den UVE 19 %. Die Differenz der Abgabensummen wird als Struktureffekt gewertet. Er beläuft sich auf etwa 7 Mrd. Euro.⁷

Der betonte Anstieg der BLG ist nicht zuletzt Reflex der guten Arbeitsmarktlage. Diese wiederum begünstigt nicht nur die Einnahmen des Staates, sondern mindert auch die Ausgabendynamik. Die Summe der Geldleistungen des Bundes und der Arbeitsagentur für Arbeitsmarktausgaben sind im genannten Zeitraum um 10 Mrd. Euro gesunken. Ein Teil dieser Reduktion ist auf konjunkturelle Einflüsse und auf finanzpolitische Schritte zurückzuführen. Etwa ein gutes Drittel der Konjunkturkomponente wird den Arbeitsmarktkosten zugerechnet.⁸ Allerdings muss bei der Betrachtung der Konjunkturkomponente berücksichtigt werden, dass generell unterstellt wird, dass die Staatsausgaben mit dem Produktionspotenzial im Gleichlauf zunehmen. Der Referenzwert für die Einsparung sind somit nicht die Ausgaben des Jahres 2010 von 50,6 Mrd. Euro, sondern die hypothetischen Ausgaben im Jahr 2012 von knapp 53 Mrd. Euro. Abzüglich der Konjunkturkomponente verbleiben rund 48 Mrd. Euro. Hinzu kommen Maßnahmen der Finanzpolitik, so wurde der Übergang zwischen ALG I und ALG II beschleunigt, was zu jährlichen Einsparungen von 0,2 Mrd. Euro geführt haben dürfte, und die Bundesagentur hat Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktförderung reduziert („Instrumentenreform“). Letztere soll 2012 zu Minderausgaben von 1,7 Mrd. Euro geführt haben. Da sich hinter diesen Zahlen auch Sachausgaben oder Vorleistungen verbergen und nicht unbedingt monetäre Leistungen an ansonsten Arbeitslose, wird nur die Hälfte des Werts hier veranschlagt. Der Referenzwert beläuft sich in der Summe auf etwa 47 Mrd. Euro und somit 6,5 Mrd. Euro mehr als tatsächlich 2012 verausgabt wurden. Die 6,0 Mrd. Euro

⁶ Mögliche Effekte, die durch eine Veränderung der verwendungsseitigen Struktur ausgehen könnten, dürften angesichts einer nahezu identischen Expansion der für die Umsatzsteuer relevanten modifizierten Inlandsnachfrage (6,3 % Zuwachs zwischen 2010 und 2012) und dem nominalen Bruttoinlandsprodukt (5,9 % Zuwachs) gering sein und werden an dieser Stelle nicht weiter betrachtet.

⁷ Bei dieser Berechnung wird vernachlässigt, dass die Progression bei der Lohnsteuer stärkere Effekte als bei den gewinnabhängigen Steuern haben dürfte. Dies dient zum einen der Vereinfachung und zum anderen der Vermeidung von Doppelzählungen, da progressionsbedingte Mehreinnahmen in einem noch folgenden Abschnitt thematisiert werden.

⁸ Girouard und André (2005) rechnen mit einer Sensitivität der arbeitsmarktbedingten Ausgaben von -0,18. Das entspricht einem Anteil von rund 35 % an der Budgetsensitivität von 0,51.

können folglich als Minderausgaben gelten, die auf die strukturellen Veränderungen des Arbeitsmarkts zurückgehen.

Nach Abzug der Effekte, die durch die sinkende strukturelle Arbeitslosigkeit und die Struktur der wirtschaftlichen Expansion der Jahre 2011 und 2012 entstanden sind, verbleiben rund 35 Mrd. Euro.

Rest I	48
– BLG/UVE	7
– Arbeitsmarkt	6
Rest II	35

Weitere konsolidierende Effekte: Subventionen, Zinsausgaben und -einnahmen

Neben den bereits diskutierten Effekten fallen zwei Posten bei den Einnahmen und Ausgaben des Staates auf, die einen merklichen Beitrag zur Konsolidierung geliefert haben. Zum einen sind die Ausgaben für Subventionen um 4,2 Mrd. Euro und in Relation zum Produktionspotenzial sogar um 5,5 Mrd. Euro gesunken. Hier dürften sich in den Vorjahren angelegte Programme zum Subventionsabbau, wie das Auslaufen der Kohleförderung, bemerkbar gemacht haben. Zum anderen hat sich die Differenz aus empfangenen Vermögensausgaben (v.a. Zinseinnahmen und Ausschüttungen) und geleisteten Vermögenseinkommen (v.a. Zinslast der Staatsverschuldung) um 2,5 Mrd. Euro bzw. um 4,5 Mrd. Euro gemessen am Produktionspotenzial verbessert. Dies ist auch deswegen so beeindruckend, da die Bundesbank im Jahr 2012 ihre Ausschüttungen an den Bund deutlich gekürzt hat und sich der Bruttoschuldenstand des Staates von 2010 bis 2012 deutlich von 2 056 Mrd. Euro auf 2 166 Mrd. Euro erhöht hat. Beide Punkte hätten eine deutliche Verschlechterung der Nettovermögenseinkommen erwarten lassen. Die trotzdem positive Entwicklung der Nettovermögenseinkommen geht auf zwei Aspekte zurück. Vordringlich sind die niedrigen Renditen von Bundesschuldtiteln und mehrerer Länderschuldtiteln zu nennen (Zinseffekt). Allein der Bund hätte 2012 rund 10 Mrd. Euro mehr Zinsausgaben gehabt, wenn seit Beginn der Finanzkrise Bundesschuldtitel zu den Konditionen der vorangegangenen Jahre begeben worden wären (Boysen-Hogrefe 2012). Zudem hat die Übernahme großer Portfolios der HRE und der West LB durch die zum Staat zählenden „Bad Banks“ zu deutlich steigenden Einnahmen aus entsprechenden zinstragenden Papieren geführt. Da die Verluste der „Bad Banks“ in den Jahren 2011 und 2012 durch die bereits 2010 gebuchte Bewertungsdifferenz erfasst wurden, haben diese das Staatskonto 2011 und 2012 nicht belastet.

Nach Berücksichtigung von Subventionsabbau und Zinseffekt verbleiben rund 25 Mrd. Euro.

Rest II	35
– Subventionsabbau	5
– Zinseffekt	5
Rest III	25

Sehr dynamische Einkommen- und Vermögensteuereinnahmen

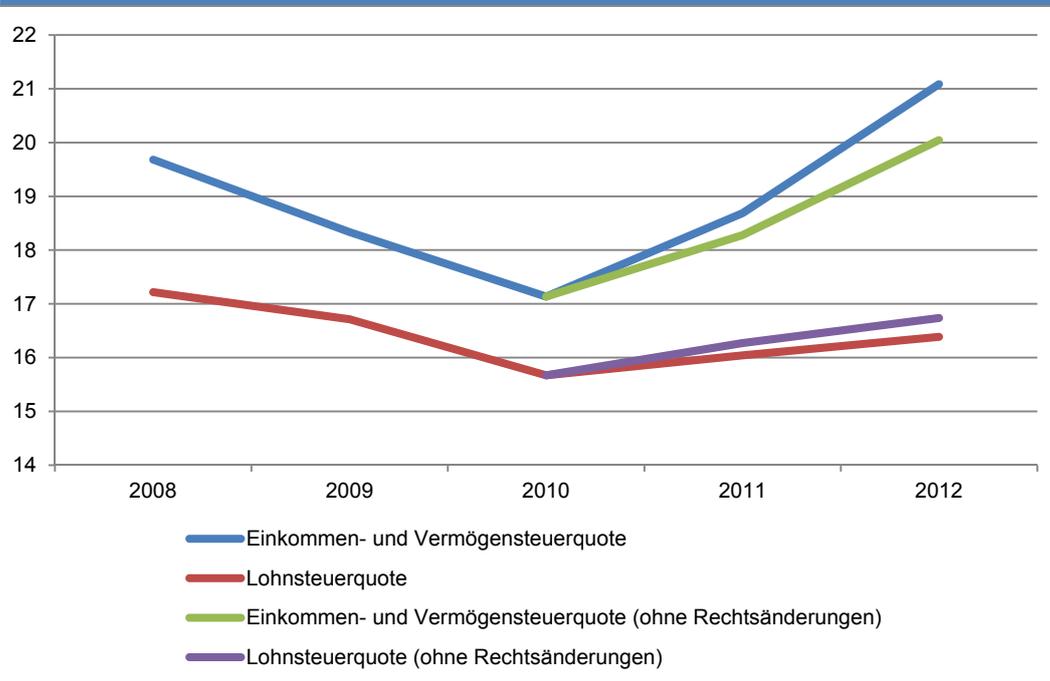
Die Entwicklung der Einkommen- und Vermögensteuern war zwischen 2010 und 2012 besonders dynamisch. Gemessen am potenziellen Bruttoinlandsprodukt lagen die Einnahmen aus Einkommen- und Vermögensteuern rund 34 Mrd. Euro höher. Allerdings müssen bei diesen 34 Mrd. Euro Konjunkturreffekte und Rechtsänderungen, die bereits berechnet wurden, herausgerechnet werden. Rund $\frac{1}{3}$ des zuvor diskutierten Konjunkturreffekts gehen auf Steuern zurück (also 5 Mrd. Euro) und Rechtsänderungen dürften rund 3 Mrd. Euro Mehreinnahmen generiert haben.

Angesichts einiger Ungenauigkeiten und Rundungsfehler entsprechen die verbleibenden 26 Mrd. Euro zusätzlicher Einnahmen aus Einkommen- und Vermögensteuern dem noch unerklärten Teil der Konsolidierung nahezu exakt.

Der doch beträchtliche Konsolidierungsbeitrag wirft die Frage auf, was die Ursachen für die hohe Dynamik dieser Steuern sind. Um dieser Frage nachzugehen, werden die Lohnsteuern und die übrigen Einkommen- und Vermögensteuern gesondert betrachtet und in Relation zu den Größen gebracht, die in den VGR als Proxygrößen für die entsprechenden Bemessungsgrundlagen dienen. Es zeigt sich, dass die Lohnsteuereinnahmen in Relation zur BLG merklich gestiegen sind und dies trotz einiger Rechtsänderungen, die für Mindereinnahmen verantwortlich sein dürften. Hätte die Lohnsteuer im Jahr 2012 die gleiche Relation zur BLG (um Rechtsänderungen bereinigt) erzielt wie im Jahr 2010, hätten die öffentlichen Haushalte rund 12 Mrd. Euro weniger eingenommen. Ein Großteil dieser Summe wird von der kalten Progression erklärt.

Größer sind die Effekte allerdings bei den übrigen Einkommen- und Vermögensteuern. Relativ zu den UVE sind diese deutlich zwischen 2010 und 2012 gestiegen (Abbildung). Zum Teil geht dies zwar auf Rechtsänderungen zurück, doch selbst unter Berücksichtigung dieser, hätte eine konstante Relation zu UVE Mindereinnahmen von 18 Mrd. Euro bedeutet. Verschiedene Ursachen können für die sehr gute Entwicklung der übrigen Einkommen- und Vermögensteuern verantwortlich sein. Zum einen dürften Veranlagungsverzögerungen eine Rolle spielen. Demnach dürfte die deutlich gebesserte Gewinnsituation im Jahr 2010 noch nicht im gleichen Ausmaß zu Steuerzahlungen geführt haben. Diese fielen hingegen zum Teil in den beiden Folgejahren an. Eine andere Ursache könnte das sehr niedrige Zinsniveau sein, wodurch Zinsausgaben von Unternehmen gesunken und somit vermutlich deren Gewinne gestiegen sein dürften. Da Zinseinkommen unter der Abgeltungssteuer teilweise sogar steuerfrei sind, dürften hier andere Grenzsteuererträge angenommen werden als bei den Gewinnen, die zur Zahlung von Einkommen- und Körperschaftsteuer führen.

Abbildung:
Einkommen- und Vermögensteuern relativ zu den approximativen Bemessungsgrundlagen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen



Lohnsteuerquote: Lohnsteuer laut VGR in Relation zur BLG.

Einkommen- und Vermögensteuerquote: Einkommen- und Vermögensteuern ohne Lohnsteuer in Relation zu UVE.

Quelle: Statistisches Bundesamt, interne Arbeitsunterlage; eigene Berechnungen.

Fazit

Die öffentlichen Haushalte in Deutschland haben zwischen 2010 und 2012 eine der stärksten Konsolidierungsepisoden in der Geschichte der Bundesrepublik erlebt. Einen bedeutenden Anteil daran hat allerdings der Wegfall von Einmaleffekten (Einrichtung der Bad Banks im Jahr 2010), die konjunkturelle Entwicklung hingegen spielt eine vergleichsweise moderate Rolle. Ähnliche Effekte wie von der Konjunktur gingen vom Auslaufen der Konjunkturprogramme (etwas stärkere) und dem „Zukunftspaket“ der Bundesregierung (etwas geringere) aus. Einen bemerkenswerten Beitrag zur Konsolidierung lieferten Struktureffekte. Die überraschend stark steigende Beschäftigung und die stärker als das Bruttoinlandsprodukt steigende BLG haben die Einnahmeseite gestärkt und eine Reduktion der monetären Sozialleistungen begünstigt. Zumindest teilweise dürfte dies eine Dividende der Arbeitsmarktreformen aus den Vorkrisenjahren sein (Boysen-Hogrefe und Groll 2010). Weitere Effekte gingen vom Subventionsabbau und dem extrem günstigen Zinsniveau aus.⁹ Bemerkenswert

⁹ Berücksichtigt man den zwischen 2010 und 2012 deutlich gestiegenen Bruttoschuldenstand, hätte die Zinslast im Gegensatz zur tatsächlichen Entwicklung spürbar steigen müssen.

hingegen ist der Konsolidierungseffekt, der von den Einkommens- und Vermögensteuern herrührt. Neben den von der kalten Progression getriebenen Lohnsteuereinnahmen haben sich die gewinnabhängigen Steuern äußerst positiv entwickelt.

Die Lage der öffentlichen Haushalte hat sich in der Konsolidierungsepisode zwischen 2010 und 2012 unbestreitbar deutlich verbessert. Allerdings steht ein Teil des Konsolidierungserfolgs auf wackeligem Fundament. Dort, wo stark steigende Bruttolöhne und niedrige Zinsen, die gegebenenfalls das Budget sogar zweifach gestützt haben könnten, für die Konsolidierung verantwortlich sind, kann nicht davon ausgegangen werden, dass dies dauerhafte Änderungen sind. Mit Korrekturen – und damit mit Verschlechterungen des (strukturellen) Budgets – muss daher in Zukunft gerechnet werden.

Tabelle:
Einnahmen und Ausgaben des Staates 2010 und 2012

	Absolute Zahlen in Mrd. Euro			Relativ zum Produktionspotenzial			
	2010	2012	Diff.	2010	2012	Diff.	in Mrd.*
Einnahmen	1 087,4	1 194,1	106,7	43,12	45,25	2,13	56,1
Verkäufe	69,8	74,7	5,0	2,77	2,83	0,07	1,7
Empfangene sonstige Subventionen	0,6	0,3	-0,3	0,02	0,01	-0,01	-0,4
Empfangene Vermögenseinkommen	20,1	24,2	4,1	0,80	0,92	0,12	3,2
Zinsen	10,9	16,7	5,9	0,43	0,63	0,20	5,4
Nettopachten u. Ä.	1,1	1,3	0,2	0,04	0,05	0,01	0,2
Ausschüttungen	8,1	6,1	-2,0	0,32	0,23	-0,09	-2,3
Empfangene Steuern	548,8	618,7	69,9	21,77	23,45	1,68	44,3
Produktions- und Importabgaben	275,7	298,3	22,7	10,93	11,31	0,37	9,8
Gütersteuern	260,0	279,3	19,3	10,31	10,59	0,27	7,2
Mehrwertsteuer	178,6	192,2	13,6	7,08	7,28	0,20	5,3
Importabgaben	15,2	16,4	1,2	0,60	0,62	0,02	0,5
Sonstige Gütersteuern	66,2	70,7	4,5	2,63	2,68	0,05	1,4
Sonstige Produktionsabgaben	15,7	19,0	3,4	0,62	0,72	0,10	2,6
Einkommen- und Vermögensteuern	273,1	320,3	47,2	10,83	12,14	1,31	34,5
von privaten Haushalten	214,2	246,5	32,3	8,50	9,34	0,85	22,3
von Kapitalgesellschaften	54,7	68,7	14,1	2,17	2,60	0,44	11,5
von der übrigen Welt	4,2	5,1	0,9	0,17	0,19	0,03	0,7
Sozialbeiträge	421,1	448,7	27,6	16,70	17,00	0,30	8,0
von privaten Haushalten	390,9	417,9	27,0	15,50	15,84	0,33	8,8
Sonstige laufende Transfers	17,4	17,6	0,2	0,69	0,67	-0,02	-0,6
Empfangene Vermögenstransfers	9,6	9,9	0,3	0,38	0,38	-0,01	-0,1
Ausgaben	1 191,0	1 189,9	-1,1	47,23	45,09	-2,14	-56,5
Vorleistungen	120,9	130,6	9,7	4,80	4,95	0,15	4,0
Arbeitnehmerentgelt	195,3	203,2	7,9	7,74	7,70	-0,04	-1,2
Geleistete sonstige Produktionsabgaben	0,1	0,1	0,0	0,00	0,00	0,00	0,0
Geleistete Vermögenseinkommen	63,4	65,0	1,6	2,51	2,46	-0,05	-1,4
Subventionen	27,9	23,7	-4,2	1,11	0,90	-0,21	-5,5
Monetäre Sozialleistungen	429,6	430,5	0,9	17,04	16,31	-0,72	-19,1
Soziale Sachleistungen	203,3	214,4	11,0	8,06	8,12	0,06	1,6
Sonstige laufende Transfers	54,1	56,2	2,1	2,15	2,13	-0,02	-0,4
Vermögenstransfers	60,2	28,2	-32,1	2,39	1,07	-1,32	-34,9
Bruttoinvestitionen	41,9	39,5	-2,4	1,66	1,50	-0,16	-4,3
Nettozugang nichtproduzierter Vermögensgüter	-5,8	-1,4	4,4	-0,23	-0,05	0,18	4,6
Finanzierungssaldo	-103,6	4,2	107,8	-4,11	0,16	4,27	112,6

* Differenz in Prozentpunkten mit dem Produktionspotenzial von 2012 multipliziert.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *interne Arbeitsunterlage* (Stand der VGR von 22.2.2013); eigene Berechnungen.

Literatur

- Boysen-Hogrefe, J. (2012). Die Zinslast des Bundes in der Schuldenkrise: Wie lukrativ ist der „sichere Hafen“? *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 13 (Special Issue): 81–91.
- Boysen-Hogrefe, J., und D. Groll (2010). The German Labour Market Miracle. *National Institute Economic Review* 214: R38–R50.
- Boysen-Hogrefe, J., N. Jannsen, D. Groll, S. Kooths, B. van Roye und J. Scheide (2012). Deutschland: Konjunkturelle Expansion gerät ins Stocken. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), Deutsche Konjunktur im Herbst 2012. Kieler Diskussionsbeiträge 512/513. IfW, Kiel.
- Boysen-Hogrefe, J., N. Jannsen, K.-J. Gern, D. Groll, M. Kappler, S. Kooths, A. Sachs und J. Scheide (2013). Mittelfristprojektion für Deutschland: Hochkonjunktur bei mäßigem Potenzialwachstum. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), Deutsche Konjunktur im Frühjahr 2013. Kieler Diskussionsbeiträge 520/521. IfW, Kiel.
- Europäische Kommission (2012). Public Finances in the EMU – 2012. *European Economy* 4, Brüssel.
- Europäische Kommission (2013). European Economic Forecast – Spring 2013. *European Economy* 2, Brüssel.
- Girouard, N., und C. André (2005). Measuring Cyclically-adjusted Budget Balances for OECD Countries. OECD Economics Department Working Papers 434. OECD Publishing, Paris.
- OECD (2012). *Economic Outlook*. Paris.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2011). Europäische Schuldenkrise belastet deutsche Konjunktur. Essen.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2012). Eurokrise dämpft Konjunktur – Stabilitätsrisiken bleiben hoch. Kiel.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2013). Deutsche Konjunktur erholt sich – Wirtschaftspolitik stärker an der langen Frist ausrichten. Halle.

Imprint

Publisher: Kiel Institute for the World Economy
Hindenburgufer 66
D–24105 Kiel
Phone +49 (431) 8814–1
Fax +49 (431) 8814–500

Editorial team: Margitta Führmann
Helga Huss
Prof. Dr. Henning Klodt (responsible for content, pursuant to § 6 MDStV)
Dieter Stribny

The Kiel Institute for the World Economy is a foundation under public law of the State of Schleswig-Holstein, having legal capacity.

Value Added Tax Identification Number: DE 251899169

Authorised Representative: Prof. Dennis Snower, Ph.D. (President)

Responsible Supervisory Authority: Schleswig-Holstein Ministry for
Education and Science

© 2013 The Kiel Institute for the World Economy. All rights reserved.



<http://www.ifw-kiel.de/wirtschaftspolitik/politikberatung/kiel-policy-brief>